

# Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

## Versprochen – gehalten?

Im September 2018 hatte das maledivische Wahlvolk mit seinem deutlichen Votum dem seit 2013 regierenden autoritären, neoliberalen, zentralistischen und außenpolitisch an China orientierten Präsidenten Abdulla Yameen eine deutliche Absage erteilt zugunsten des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Ibrahim Solih. Das kleine Land schlug damit einen deutlich anderen Weg ein als viele Länder in Asien mit der Tendenz zum Autoritarismus.

Die Hoffnungen auf den Malediven waren so groß wie die Versprechungen der Demokratischen Partei der Malediven (MDP). Beendet werden sollten die private Aneignung öffentlichen Eigentums durch politisch Verantwortliche und Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen der Vorgängerregierung aufgeklärt und geahndet, die Unabhängigkeit der Justiz wiederhergestellt und auch die miserablen Verhältnisse in den Gefängnissen abgestellt werden. Die Wähler/-innen honorierten die Versprechungen der MDP, zu einem dezentralen Modell der Wirtschaftsförderung und der Entwicklung der Inseln und Atolle überzugehen, die Verdienstmöglichkeiten und Erträge im Tourismussektor gleichmäßiger zu verteilen, die Arbeitsbedingungen und die Einkommen zu verbessern und die Rolle der Frauen in Staat, Gesellschaft und Familie aufzuwerten. Viele hofften, dass die neue Regierung dem aggressiven Islamfundamentalismus in diesem islamischen Staat entschieden entgegentritt. Bei den Parlamentswahlen im April 2019 stattete das Wahlvolk die MDP mit 65 von 88 Parlamentssitzen, also mit mehr als einer Zwei-Drittel-Mehrheit, aus.

In der Tat wurden Untersuchungsausschüsse zur Ahndung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen eingesetzt – ohne dass sie jedoch zu Ergebnissen gekommen wären. Politische Gefangene konnten die Gefängnisse verlassen, unrechtmäßig abgesetzte Richter und Chefs von Verwaltungen wurden wiedereingesetzt, die Presse- und Versammlungsfreiheit wurde wieder respektiert. Außerdem versuchte die Regierung, die Investitionspolitik des Staates weg von der Metropolis Male und hin zu den Atollen und Inseln zu orientieren. Aber alles dau-

ert viel länger, ist unvollständiger als erwartet und nicht frei von Klientelpolitik. Zurzeit verspielt die MDP viel politische Sympathie bei der Vergabe von Eigentumswohnungen in dem neuen Wohnviertel auf der Flughafeninsel Hulhumale, initiiert durch die Vorgängerregierung und von chinesischen Baufirmen errichtet. Einzig der Schwenk in der Außenpolitik, weg von China und zurück zum traditionellen Partner Indien, geschah nach der Wahl schnell und umfassend.

Nach zweijähriger Amtszeit ist in den Medien deutliche Unzufriedenheit mit dem Stand der Reformvorhaben zu spüren. Obgleich wieder Pressefreiheit herrscht, ist es für den der Landessprache Dhivehi nicht mächtigen Leser schwieriger geworden, sich ein klares Bild von Situation und Politik zu machen. Unerklärlicherweise sind englischsprachige Medien wie die *Minivan News* oder der *Maldives Independent* verschwunden.

## Corona

Die Corona-Pandemie verlangsamt – wie überall auf der Welt – wichtige sozialpolitische Reformen und Investitionsvorhaben (Inselbefestigungen), weil die Mittel nicht (mehr) zur Verfügung stehen. Am 6. September 2020 verlängerte der stellvertretende Gesundheitsminister Mohamed Aslam den im März ausgerufenen Notstand um einen Monat. Die Agentur für Gesundheitsschutz, die die Regierung in Corona-Fragen berät, geht davon aus, dass die Gefahr der Weiterverbreitung auf mehr Atolle und Inseln immer noch nicht gestoppt ist. Gegenwärtig gibt es außer in der Metropole Male auf weiteren 35 Inseln und 22 Touristenresorts aktive Fälle von COVID-19. Mit Stand vom 09. September waren in den Malediven 8584 Fälle bestätigt worden, davon 2613 als aktiv. 5936 Menschen haben sich erholt und 29 sind gestorben – wobei sechs bekannt gewordene Fälle in dieser Statistik fehlen. Der Lockdown Mitte März bis Ende April hatte die Neuansteckungsrate stark reduziert, und so entschied die Regierung, den Lockdown im Mai aufzuheben und ab dem 15. Juli aus wirtschaftlichen Gründen die Einreise von Tourist(inn)en wieder zuzulassen.

Die Lockerung des Lockdowns führte im Juli und August erneut zu hohen Ansteckungsraten mit

über 100 Ansteckungen pro Tag. Am 1. September wurden sogar 199 Fälle registriert. Solche Zahlen erfüllten das Reisewarnungskriterium der Bundesregierung von 50 Fällen pro 100.000 Personen der Bevölkerung. Die Lage wurde als so kritisch eingeschätzt, dass eine weitere Verschlechterung zu einem erneuten Lockdown führen könnte. Um die wirtschaftlichen Folgen eines erneuten Lockdowns zu vermeiden, wird die Agentur für Gesundheitsschutz nicht müde, die Menschen an die Einhaltung der Sicherheitsrichtlinien zu erinnern: Abstand, Maske, Händewaschen. Sie hat für Male und die Inseln eine Ausgangssperre zwischen 22:00 Uhr und fünf Uhr früh verhängt. Treten Hotspots auf, werden Zwangsquarantänen ausgesprochen wie etwa für 40 Menschen auf der Insel Hoadedhoo, Gaafu Dhaalu Atoll.

### Tourismus

Die Corona-Pandemie hat den Tourismussektor schwer getroffen. Die Statistiken des *Velana International Airport* zeigen, dass im Juli 2020 die Zahl der ankommenden Tourist(inn)en auf 1,3 Prozent des Vorjahreswertes gesunken war. Von 3000 im Juli waren die Ankunftsahlen auf 11.000 im August angewachsen. Der Minister für Tourismus geht davon aus, dass bis Jahresende noch etwa 100.000 Besucher/-innen auf die Inseln kommen werden. Am 1. September hatte Präsident Solih in einer Rede unterstrichen, dass aufgrund der Insel- und Resortstruktur ein Urlaub auf den Malediven auch während der Pandemie zu den sichersten auf der ganzen Welt gehöre. Das Tourismusministerium verfügte zudem, dass ab dem 10. September alle Tourist(inn)en und kurzfristigen Besucher/-innen einen negativen Corona-Test bei der Einreise vorzulegen haben. Ab dem 15. Oktober will die Regierung den Besuch und Aufenthalt von Tourist(inn)en in lokalen Gasthäusern auf bewohnten Inseln wieder zulassen, sie also nicht mehr auf Resortinseln isolieren. Die indischen Fluglinien *IndiGo* und *Air India* sowie *Maldivian Air* haben ihre Flüge zwischen Indien und den Malediven wiederaufgenommen.

### Verschuldung

Seit der inoffiziellen Kreditvergabe Chinas an die frühere Regierung Abdulla Yameen (2013-2018) ist die Verschuldungssituation der Malediven unklar. Am 7. September veröffentlichte das Finanzministerium auf seiner Website Gesamtschulden des Staates in Höhe von 4,1 Milliarden Euro, davon 51 Prozent

in Landeswährung und 49 Prozent in ausländischen Währungen. Das BIP der Malediven liegt nach Berechnungen des Ministeriums im Juni 2020 bei 3,75 Milliarden Euro, sodass die Gesamtverschuldung bei rund 108 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt und die Auslandsverschuldung bei etwa 52 Prozent des BIP. Das wären eigentlich komfortable Zahlen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) sehen eine untragbar hohe Verschuldung erst bei 150 Prozent Auslandsschulden zum BIP. Allerdings sind zur Finanzierung der Pandemiefolgen bereits zwölf neue Kredite aufgenommen worden. Indien hatte bereits Ende 2018 Kredite in Höhe von 800 Millionen US-Dollar gewährt und weitere 750 Millionen US-Dollar als Corona-Hilfen für verschiedene Zwecke bereitgestellt. Es ist unklar, inwieweit diese in die genannte Statistik eingeflossen sind. Das größere Problem sind jedoch frühere chinesische Darlehn an private maledivische Gläubiger, zumeist für Investitionen in den Tourismussektor, die Verantwortliche der Vorgängerregierung mit staatlichen Bürgschaften versehen haben. Das Kieler Weltwirtschaftsinstitut hatte 2019 in einer Studie aufgezeigt, dass gut die Hälfte der chinesischen Kredite nirgendwo in öffentlichen Kreditregistern verzeichnet sind.

Beim Amtsantritt von Präsident Solih hatte der chinesische Botschafter der neuen Regierung eine Aufstellung von weit über vier Milliarden US-Dollar öffentlicher und öffentlich abgesicherter maledivische Schulden an China übergeben. Weder China noch die Malediven haben seither öffentlich über diese Altschulden gesprochen. Der Grund dafür könne sein, sagen Fachleute beim Kieler Weltwirtschaftsinstitut, dass China dem Vorwurf, Schuldenfallen im Zuge der Kreditvergaben für seine „Neue Seidenstraße“ aufzustellen, keine neue Nahrung liefern will. Seit der Übernahme des Hafens Hamtota auf Sri Lanka haben Länder wie Pakistan, Burma oder Malaysia ihre China-finanzierten Vorhaben stark zurückgefahren. Man fürchtet Souveränitätsverluste.

Einstweilen hat China in einer gemeinsamen Aktion mit anderen G20-Ländern alle Schuldendienste für eine Gruppe von Entwicklungsländern für das Jahr 2020 auf April 2021 verschoben. Dazu gehören auch die Malediven. Eventuell werden die G20-Finanzminister dieses Schuldenmoratorium um ein oder gar zwei Jahre verlängern. Als Mitglied der Ländergruppe AOSIS (*Association of Small Island States*) haben die Malediven gemeinsam mit ande-

ren 43 Mitgliedsländern ein Statement zur Verschuldung veröffentlicht, in dem sie ein institutionell verankertes Verfahren zur Regelung einer Staatsüberschuldung fordern.

### Innenpolitik

Wirtschaftsminister Fayyaz musste wegen der nationalistischen Strömungen in Parlament und Gesellschaft versichern, dass die Malediven kein neues Einbürgerungsgesetz planen, allenfalls die Modernisierung des Gesetzes über Langzeitvisa für Investoren und Geschäftsleute. Der ehemalige Präsident und heutige Parlamentssprecher Mohamed Nasheed hat Minister Fayyaz aufgefordert, zurückzutreten. Er vermutet, dass es im Zusammenhang mit der Vergabe eines von der *Asian Development Bank* finanzierten Beratungsauftrags in Höhe von 6,4 Millionen US-Dollar zu Unregelmäßigkeiten und Korruption gekommen ist. Die maledivischen Behörden sollten zwecks Beschleunigung von Investitionsvorhaben digital aufgerüstet und miteinander vernetzt werden (*Single Window Project*). Den Zuschlag erhielt eine philippinische Firma, obwohl sie die für die Vergabe vorgeschriebenen Kriterien nicht erfüllte. Fayyaz will eine Untersuchung einleiten. Begründeten Verdachtsmomenten für Griffe in die öffentlichen Kassen geht die Antikorruptionskommission nach, etwa bei der Beschaffung von Beatmungsgeräten durch das Gesundheitsministerium oder Ausgaben des Tourismusministeriums zur Corona-Abwehr, für die es nicht zuständig ist.

Das Regierungshandeln scheint oft chaotisch und von unklaren Interessen geleitet. Da verkündet der vorherige Wohnungsbauminister 7000 Familien, dass sie nach langem Warten nun bald in Neubau- und Sozialwohnungen auf der Flughafeninsel Hulhumale einziehen können. Daraufhin wird er abgesetzt und den empörten Familien wird vom Ministerium mitgeteilt, es habe sich um ein bedauerliches Missverständnis gehandelt. Andererseits hat die *Judicial Service Commission* (Kommission der Justiz), die die Berufung und Dienstfragen von Richter(inne)n und Justizbeamten(inn)en regelt, den Bezirksrichter auf dem Atoll Kulhudhuffushi suspendiert. Ein Zeichen dafür, dass Missbräuche stattfinden und die Kommission ihre Aufgaben wieder wahrnehmen kann, woran sie von der vorherigen Regierung gehindert worden war. Unterdessen unterzeichnete der Präsident ein Wirtschaftsprüfergesetz, mit dem auch ein Maledivisches Institut für Wirtschaftsprüfung eingerichtet wird.

### Streit der Präsidenten

Die von den Medien verfolgte Auseinandersetzung zwischen Parlamentspräsident und dem Amt des Präsidenten deckt auf, wie scharf und teils verächtlich die Äußerungen aus dem Präsidialamt geworden sind. Der öffentliche Streit könnte die Unterstützung der Wählerschaft für die MDP stark beschädigen. Ex-Präsident Nasheed ist der Held der 2018 und 2019 so spektakulär gewonnenen Wahlen. Die Vorgängerregierung hatte ein Gesetz erlassen, das es Nasheed verbot, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen. Daher einigten sich Nasheed und der heutige Präsident Solih, im Falle der gewonnenen Wahl die Präsidentschaft zu teilen, sodass Nasheed nach ein bis zwei Jahren wieder Präsident werden könnte. Seither war öffentlich nicht mehr die Rede von einer Teilung der Macht. Vor diesem Hintergrund ist die Verhärtung der Tonlage zwischen Nasheed und Solih beachtenswert.

### Parlament

Das Parlament lobte sich durch seine Vizepräsidentin Eva Abdullah selbst, die bei der Verabschiedung der Parlamentarier/-innen in die einmonatigen Parlamentsferien die Leistungen hervorhob. Das Parlament habe bereits 68 Prozent seiner für die Legislaturperiode geplanten Vorhaben erledigt. So wurden 21 Gesetze bearbeitet oder verabschiedet, neun Resolutionen gefasst, eine Reihe von Anfragen an die Regierung gerichtet und über 16 Notstandsentschlüsse abgestimmt. Nach einem der neuen Gesetze müssen Berufungen gegen Gerichtsurteile nun innerhalb von sieben Tagen beschieden werden, damit sie nicht jahrelang verschleppt werden können.

Neue Regelungen zur Beurlaubung im Krankheitsfall ohne Lohnausfall wurden verabschiedet. Nach zweitägiger Krankheit muss dem Arbeitgeber eine ärztliche Bescheinigung über die Dauer der Krankschreibung vorliegen. Ein Arbeitgeber kann krankheitsbedingte Beurlaubung ohne Lohnausfall verweigern. Sie ist in jedem Fall auf 30 Tage begrenzt. Für den wichtigen Fischereibereich wurden Verbesserungen im Entlohnungswesen für die Fischer eingeführt. Alle Fischer erhalten nun ein Bankkonto, auf das die Bezüge überwiesen werden. So entfällt die traditionelle und missbrauchsanfällige Methode, Bargeld auf entlegene Inseln zu bringen.

Auf den Malediven gibt es, transparenter als in Deutschland, gläserne Parlamentarier/-innen. Bis zum 31. August jeden Jahres müssen alle Parlamentarier/-innen ihre Steuererklärungen sowie die der Ehegatt(inn)en und Kinder unter 18 Jahren beim Parlamentssekretariat vorlegen. Diese Angaben werden anschließend auf der Website des *Majlis* (Parlament) veröffentlicht. Wer keine Steuererklärung vorlegt, auch nach Einräumung von Fristen, kann sein Mandat im Parlament nicht ausüben. Das könnte Parlamentariern wie dem Parlamentspräsidenten schwerfallen. Nasheed versteuerte 168.000 Euro Jahreseinkommen aus Bezügen, die ehemaligen Präsidenten zustehen sowie für sein Büro und Abgeordnetenmandat. Er liegt damit wesentlich höher als normale Parlamentarier. Diese nehmen einschließlich Zuschüssen für Büros und Mitarbeiter/-innen etwa 50.000 Euro pro Jahr ein.

### Hassreden

Die Opposition lancierte eine Kampagne bei Facebook und anderen sozialen Medien mit dem Titel *India Out* und machte die Unterstützung Indiens und seine geopolitische Rolle für die Malediven zum Gegenstand von Hassreden. Die Opposition wehrt sich gegen Vorwürfe, von China finanziert zu werden und beteuert, man würde niemals eine fremde Macht ins Land rufen, um einen innenpolitischen Disput beizulegen. Die Kampagne richtet sich gegen Mohamed Nasheed. Der hatte angesichts der groben Menschenrechtsverletzungen der Vorgängerregierung im Januar 2018 Indien aufgefordert, Truppen zu schicken, um die Demokratie wiederherzustellen. Ein 47-jähriger Mann forderte im Radio die Hörer/-innen auf, Präsident Solih anzuzünden. Er wurde von der Polizei festgenommen und für zwei Wochen wegen Aufforderung zum Terrorismus inhaftiert.

### Höhere Bildung

Am 6. September veröffentlichte das Ministerium für höhere Bildung seine jährliche Bildungsstatistik. Von den 14.000 Student(inn)en sind 64 Prozent Frauen. Von allen jungen Männern, die ein Studium begonnen haben, schließen nur 37 Prozent mit einem Examen ab. Die überwiegende Mehrheit der Studierenden lernt für Abschlüsse in BWL, Jura, Bildung, Sozial- und Sprachwissenschaften und Künste. Der maledivische Staat gibt knapp 19 Millionen Euro für die höhere Bildung aus.

### Ökologie und Ökonomie

Die Auseinandersetzungen zwischen Umweltschützer(inne)n auf den Inseln und Entwicklungsapologeten in der Regierung verlaufen in ungleichen Bahnen – etwa beim geplanten Hafenprojekt auf der nahe Male gelegenen Insel Gulhifahu. Males Hafen ist längst an seine Aufnahmegrenzen gekommen, weshalb die Regierung eine stadtnahe Entlastungslösung entwickeln möchte. Etliche Entscheider in der Regierung, die sich zur Oppositionszeit der MDP als beinharte Umweltaktivisten hervorgetan hatten, unterstreichen nun den Primat der Entwicklung. Der Hafen in Gulhifahu und viele andere Verkehrsprojekte werden mit viel Kredit aus Indien und nur wenig Rücksicht auf die Korallen und die Unterwasserwelt gebaut.

### Außenpolitik

Die weitere Stärkung der indisch-maledivischen Zusammenarbeit fand ihren Ausdruck in der erwähnten Vergabe von 250 Millionen US-Dollar Mitte August zur Unterstützung des Corona-erodierten Haushalts plus verlorene Zuschüsse in Höhe von 100 Millionen US-Dollar und 400 Millionen US-Dollar für verschiedene Projekte. Darunter befinden sich die Einrichtung eines Fährdienstes und die Verlegung eines Unterwasserkabels für die Telekommunikation zwischen Trivandrum in Kerala (Indien) und der Hauptstadt Male sowie Hilfen für den Verkehrs- und Infrastrukturverbund der Metropolregion Male mit den umliegenden Inseln. So sollen von Male über die Inseln Vilimale, Thilafushi bis nach Gulhifahu Brücken und Straßen mit einer Länge von 6,7 Kilometer sowie ein Hafen gebaut werden. Auf diese Weise soll die Hauptstadt vom Bevölkerungs- und Verkehrsdruck entlastet und für Wirtschaftswachstum gesorgt werden. Präsident Solih und Parlamentspräsident Nasheed dankten dem indischen Präsidenten Modi für diese Unterstützung zur rechten Zeit sowie für viele andere Kooperationsprojekte (etwa Gerätschaften für Fitnessparks auf 61 Inseln, Krankenhäuser, Flughäfen).

Gemeinsam mit Indien wurde ferner begonnen, die Wirtschaftszone der Malediven besser zu demarkieren und zu schützen. Das geschieht mithilfe von Flugzeugen, die samt ihrer Besatzung von Indien zur Verfügung gestellt werden. Gegen die Präsenz indischer Militärs regt sich Widerstand bei der politischen Opposition, sodass der Chef der maledivischen Streitkräfte, Generalmajor Abdulla Shamaal, sich genötigt sah, Indien für seine Unterstützung durch diese Dienste und Fachkräfte zu danken.